

Liebe Kameradin, lieber Kamerad, liebe Freunde und Freundinnen der VVN-BdA - Nr.: 05/2015 – Okt 15



Zum 80.Jahrestag der Verkündung der „Nürnberger Rassegesetze“ legten wir am Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma ein Bukett nieder.

Stellungnahme der VVN-BdA zur Erklärung von Albanien, Kosovo und Montenegro zu „sicheren Herkunftsstaaten“:

Bundesregierung und Länder haben sich darauf verständigt, Albanien, Kosovo und Montenegro zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären. Asylanträge von Schutz Suchenden aus diesen Ländern sollen – ebenso wie Anträge von Geflüchteten aus Bosnien, Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und Serbien – ohne Prüfung abgelehnt werden. Damit sollen insbesondere die massenhaften Abschiebungen von Roma unvermindert weitergehen.

In diesen ethnisch begründeten Staaten, die auch mit erheblicher diplomatischer Unterstützung Deutschlands und zuletzt auch mit dem völkerrechtswidrigen Krieg unter deutscher Beteiligung entstanden sind, ist jedoch für Roma kein Platz. Stigmatisiert, ausgegrenzt und mittellos sich selbst überlassen, fehlt es ihnen dort an allem. Der weit verbreitete Antiziganismus macht es nahezu unmöglich Fuß zu fassen. Selbst physische Gewalt durch Polizei und Zivilisten ist an der Tagesordnung. Auch das ist politisch verursachte Verfolgung.

Deutschland steht gegenüber den Nachkommen der Opfer des Holocaust an 500.000 Sinti und Roma in einer besonderen Pflicht.

Nachkommen von jüdischen Holocaust-Opfern aus der zerfallenden Sowjetunion wurde wegen der Situation in den Nachfolgestaaten in den 1990er Jahren die Einreise und Niederlassung als Kontingent-Flüchtlinge erlaubt. Die historische Verpflichtung ist die gleiche. Darum muss für die Roma aus den Ex-jugoslawischen Staaten eine entsprechende Regelung geschaffen werden!

Einladung zur Mitgliederversammlung der VVN-BdA Nürnberg

Am Donnerstag, 19. November um 19.30 Uhr

im Nachbarschaftshaus Gostenhof

Vorgesehene Tagesordnung

Diskussion über die abgelaufene Arbeit - Planung der Arbeitsvorhaben 2016 und der Jahreshauptversammlung

Polemik und Lügen zur „Flüchtlingswelle“

Zur Diffamierung der Flüchtlinge vor allem aus den Balkanstaaten wird nicht nur von der extremen Rechten, sondern auch von führenden CDU/CSU-Politikern immer wieder behauptet:

Ein Flüchtling mit Familie bekäme pro Monat durchschnittlich 1.000 Euro Taschengeld. Das sei »etwa das Doppelte eines durchschnittlichen Monatseinkommens in einem Balkanstaat«. Dadurch entstehe »ein Anreiz« für Menschen nach Deutschland zu fliehen. Die »hohen Asylstandards« lösten einen »Sogeffekt« aus,

Verschwiegen wird: Um auf 1.000 Euro »Taschengeld« zu kommen, müsste ein Elternpaar mindestens sieben Kinder haben. Ein Paar mit zwei Kindern unter sechs bekommt gerade 426 Euro monatlich.

Das sogenannte Taschengeld wird Asylbewerbern in Erstaufnahmeeinrichtungen neben Unterbringung und minimaler Grundversorgung gewährt. Dort verbringen Flüchtlinge meist das erste Vierteljahr, manche bleiben deutlich länger. Bis vor drei Jahren erhielten Erwachsene etwa 40 Euro Bargeld pro Monat.

Seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BverfG) zum Asylbewerberleistungsgesetz im Jahr 2012 dürfen Geflüchtete jedoch nicht weniger Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes erhalten als Bezieher von Arbeitslosengeld II (= Hartz-IV) Diese Regelsätze bewerteten die Karlsruher Richter als das vom Gesetzgeber berechnete »physische und soziokulturelle Existenzminimum«.

=> Seite 2

=> Fortsetzung Polemik und Lügen

Seitdem muss der Staat einem Alleinstehenden einen monatlichen Barbetrag »zur Deckung persönlicher Bedürfnisse« von 143 Euro auszahlen. Paare erhalten mit je 129 Euro weniger »Taschengeld«. Unter 25jährige haben Anspruch auf 113 Euro, 14- bis 18jährige auf 85, sechs- bis 13jährige auf 92 und Kleinkinder auf 84 Euro.

Kommen Betroffene später in Flüchtlingsheime, erhalten sie »Leistungen zum Lebensunterhalt« auf Hartz-IV-Niveau, falls sie dort nicht weitergehend versorgt werden. Pauschalen, etwa für »Strom und Reparaturen« oder »Ansparungen für Möbel und Haushaltsgeräte« werden aber weiterhin vom Regelsatz abgezogen.

Pegida – und kein Ende?

Nach wie vor wird unsere Stadt von der **reaktionären und extrem fremdenfeindlichen Organisation PEGIDA** heimgesucht. Zwischen 40 und 70 Anhänger, hören sich (zur Zeit einmal im Monat) die höchst dubiosen und menschenverachtenden Parolen des selbst ernannten „Retter des Abendlandes“ M. Stürzenberger aus München an.

Bisher stellten sich diesem dumpfen Rassisten-Haufen regelmäßig 300 und mehr Gegendemonstranten in den Weg und machten sichtbar: Haut ab! Rassisten raus aus unserer Stadt. Und es ist auch klar: **Wir machen weiter, bis PEGIDA und Co endgültig aus unserer Stadt verschwinden.**



Unsere Kameradin Christel Hausladen-Sambale auf der Kundgebung gegen PEGIDA am Jakobsplatz.

Bei **Pegida** handelt es sich um eine **Bewegung**, die **Kritik am Islam** nur zum Vorwand nimmt, um ihre rassistisch motivierte Feindschaft gegenüber einer gesellschaftlichen Minderheit auszutoben.

Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass viele ihre übrigen Aussagen durchaus auch bei den Islamisten zu finden sind: Hetze gegen Andersdenkende, vor allem gegen Feministinnen und Homosexuelle, oder auch die grundsätzliche Ablehnung der parlamentarischen Demokratie.

Termine - Termine - Termine - Termine

O **Samstag, 07. November**: Besuch des ehemaligen KZ **Hersbruck** und weiterer Gedenkort. Führung durch Mitglieder des Vereins Dokumentationsstätte KZ Hersbruck e. V.; Treff um 14.00 Uhr in Hersbruck.

O **Sonntag, 29. November**: Besuch des neuen NS-Dokumentationszentrums in **München**. Führung durch das Museum mit unserem Münchner Kameraden Friedbert Mühdorfer. Fahrt mit der Bahn vermutlich ab 9.00 Uhr am Hbf in Nürnberg.

Genauere Angaben gibt es baldigst.

Interessierte bitte nachfragen und anmelden bei Georg-Neubauer@t-online.de oder Tel. 487892

Fluchtursachen bekämpfen - nicht die Flüchtlinge!

Eva Bulling-Schröter, Mitglied der VVN-BdA und Bundestagsabgeordnete der Linkspartei in Bayern, erklärte zu den vorgeschlagenen »Notwehrmaßnahmen« des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) gegen Flüchtlinge:

Seehofers Drohung, Flüchtlinge an der Grenze wieder nach Österreich zurückzuschicken, ist ein völlig falscher und auch illegaler Weg. Seehofer maßt sich hier Kompetenzen an, über die er gar nicht verfügt, da der Grenzschutz der Bundespolizei obliegt und Bayern nicht selbständig über ein Zurückweisen von Geflüchteten entscheiden darf.

Auch Deutschland kann Geflüchtete nach EU-Recht nicht einfach wieder nach Österreich, sondern nur in den zuständigen EU-Staat zurückführen. Ein Kabinettsbeschluss in dieser Richtung wäre also rechtswidrig.

Aber anstatt über Abschottung und Abschiebung zu diskutieren, muss es darum gehen, den Geflüchteten zu helfen und die ehrenamtlichen Strukturen vor Ort durch Hilfe von Land und Bund zu entlasten. (...) Das Geld, das in sogenannte Notwehrmaßnahmen fließen soll, sollte lieber zur Unterbringung und Integration der Geflüchteten verwendet werden. Auch die Helferinnen und Helfer in München widersprechen Seehofers Plänen und demonstrierten am Freitag dagegen vor der bayerischen Staatskanzlei.

Nach wie vor gilt: Durch Waffenproduktion und -export sind Deutschland und Bayern Verursacher von Fluchtgründen. Deshalb müssen Fluchtursachen endlich bekämpft werden, auch durch Aufbau der Wirtschaft vor Ort und nicht durch Destabilisierung durch Billigimporte aus der EU, gegen die die lokalen Produzenten vor Ort nicht konkurrieren können.

Anleitung für Informations-Fälscher im Krieg gegen Syrien:

»Fassbomben, Fassbomben, Fassbomben«

Der Frankfurter Künstler Hartmut Barth-Engelbart veröffentlichte am Montag auf seiner Internetseite die deutsche Übersetzung von »Sprachvorschlägen« des US-Außenministeriums. Der »Syrien-Spickzettel« für NATO-Propagandisten stammt von Gary Leupp. Die Satire war zuerst im US-Portal *counterpunch.org* veröffentlicht worden:

– **Erwähnen Sie** immer wieder die Fassbomben. Lassen Sie dabei aber weg, wie deren Gebrauch von der israelischen Luftwaffe 1948 eingeführt wurde und wie sie 1968 in der Operation Inferno von den USA benutzt wurden. Wiederholen Sie ständig »Fassbomben, Fassbomben« und behaupten Sie mit ernstem Blick, dass das syrische Regime sie »gegen die eigene Bevölkerung« einsetzt. Gegen die eigene Bevölkerung. Gegen die eigene Bevölkerung. Gegen die eigene Bevölkerung.

– **Erwähnen Sie** immer wieder »200.000« als offizielle Zahl der Opfer in Syrien. Erwähnen Sie allerdings *nicht*, dass ungefähr die Hälfte der Opfer reguläre syrische Soldaten waren. Lassen Sie sich nicht auf Diskussionen zu diesen Zahlen ein, um keine Zweifel daran aufkommen zu lassen, dass die syrische Regierung einfach so nach Lust und Laune Zehntausende Zivilisten ermordet. (...)

– **Erwähnen Sie** immer wieder den »arabischen Frühling« und wie 2011 friedliche syrische Demonstranten unterdrückt wurden. Aber bleiben Sie nicht zu lange bei diesem Thema. Immerhin war das US-Außenministerium tatsächlich schockiert von den hässlichen Folgen in Ägypten, wo die »Demokratisierung« die Muslimbruderschaft an die Macht brachte, bis das US-unterstützte Militär seine Widersacher in einem Blutbad ersäufen konnte. Und denken Sie bitte daran, *nicht* zu erwähnen, wie in Bahrain friedliche Demonstrationen der schiitischen Mehrheit gegen die repressive sunnitische Monarchie von saudiarabischen Invasionskräften mit schweigender Billigung der USA niedergeschlagen wurden. (...)

– **Erwähnen Sie** immer wieder die »Freie Syrische Armee« und die »moderate Opposition«, um den Eindruck zu vermitteln, die gäbe es wirklich. Erwähnen Sie allerdings *nicht*, dass die FSA ein schlechter Witz ist, dass ihre Anführer in der Türkei leben, dass ihre wenigen verbliebenen Einheiten von CIA-Offizieren angeführt werden, dass die unlängst an die Front geschickte =>



Von wegen „moderat“: Kämpfer der von der Türkei ausgerüsteten Dschihadistenmiliz Ahrar Al-Sham am 19. Juni in einem Vorort von Damaskus.

=> Gruppe von 54 Leuten umgehend von der Al-Nusra-Front gefangen genommen wurde und dass weitere 70 aus der Türkei geschickte Kämpfer umgehend ihre Waffen Al-Nusra übergaben (...).

– **Drücken Sie** auch weiterhin Empörung, wenn nicht sogar Wut darüber aus, dass Russland sich in Syrien »einmischt«. Verziehen Sie Ihr Gesicht und schauen Sie, als ob das kaum nachvollziehbar wäre. Erwähnen Sie aber *nicht*, dass Syrien viel näher an Russland als an den USA liegt und dass Russland viel gefährdeter ist durch Terrorismus, als es die USA sind (...).

– **Erinnern Sie** Ihre Zuschauer *nicht* daran, dass die syrische Regierung international anerkannt und etabliert ist, einen Sitz in der UNO hat, mit den meisten Ländern freundliche Beziehungen unterhält und in einem Kampf auf Leben und Tod ist gegen Leute, die Menschen versklaven, kreuzigen, enthaupten, lebendig begraben und verbrennen und die Syriens moderne säkulare Regierung durch eine mittelalterliche, religiöse und völlig intolerante ersetzen wollen.

Behaupten Sie auch weiterhin starrsinnig, das Assad Regime sei irgendwie verantwortlich für die Terrorismuswelle. (...) Erwähnen Sie *nicht*, dass Al-Qaida-Sprösslinge weltweit überall entstanden sind und gedeihen, seit die USA 2003 in einem Krieg, der komplett auf Lügen basierte, in den Irak eingefallen sind und ihn zerstört haben. (...)

Halten Sie die Sache bitte einfach. Hämmern Sie den Zuschauern einfach in die Hirne, dass Assad das Hauptproblem ist und der aller-schlimmste Akteur in der syrischen Situation.

Erzählen Sie ihnen, dass Putin, während er versucht, das Zarenimperium wiederzubeleben, Assad als einen loyalen Verbündeten unterstützt und sein Militär nutzt, um dessen Herrschaft zu verlängern (...). (Aus JW vom 07.10.15)

(siehe auch die Einladung auf der Rückseite)